

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 29 (1988)  
**Heft:** 19

**Artikel:** Wende in der Weltpolitik?  
**Autor:** Pozsgai, Joseph  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094253>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Wende in der Weltpolitik?

**Gorbatschow will nicht nur die Umgestaltung im eigenen Land, sondern auch eine neue Aussenpolitik. Aber noch hat er sie bei sich zu Hause nicht durchgesetzt.**

Das überraschende Einlenken Moskaus in Angola und Kambodscha, der planmässige Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen aus Afghanistan sowie die in letzter Zeit gemachten Andeutungen über einen möglichen sowjetischen Teiltrückzug aus Osteuropa erwecken den Eindruck, als wenn die beiden Supermächte – USA und Sowjetunion – bereits vereinbart hätten, ihre Konfrontation in der Dritten Welt und in Europa abzubauen. Der Waffenstillstand am Golf, wo Amerikaner und Sowjets in stillem Einvernehmen daran gearbeitet haben, den Sieg Khomeinis und damit den Export der islamischen Revolution zu verhindern, rundet nun das Bild ab.

Dass es sich hier jedoch nicht um eine unerwartete amerikanisch-sowjetische Annäherung im Gefolge ihrer Abrüstungspolitik handelt, lässt sich leicht nachweisen.



Sowjetpanzer T-55 in Angola: Ende Feuer?

## Afrika und Südostasien

Washington unterstützt ja weiterhin die gegen die sowjetischen Streitkräfte kämpfenden Mujahedin in Afghanistan und die prowestliche Befreiungsbewegung Unita in Angola. Auch Peking stellt seine Hilfe für die drei Widerstandsgruppen in Kambodscha nicht ein. Dass die Sowjets jetzt aus einigen Konflikten aussteigen wollen, deutet auf eine strenge Überprüfung ihrer Aussenpolitik nach politischen und wirtschaftlichen Nutzeffekten hin. Die Perestrojka, der Umbau der Sowjetwirtschaft, soll Vorrang haben; für kostspielige aussenpolitische Unternehmen, die für Moskau politisch völlig nutzlos sind, steht offenbar kein Geld mehr zur Verfügung.

Paradebeispiel dafür ist Angola, wo sich Moskau nach dem Abmarsch der Portugiesen 1975 eingenistet hat. Die bis dahin reiche Kolonie ist nach der Rückwanderung der 600 000 Weissen nach Portugal total verarmt. Die Sowjets müssen für die schwarze Bevölkerung Lebensmittel auf den westlichen Märkten einkaufen. Die von ihnen an die Macht gehobene marxistische Befreiungsbewegung MPLA konnte sich gegenüber der prowestlichen Befreiungsorganisation Unita militärisch nicht behaupten. Der Kreml sah sich gezwungen, in Angola die Hilfe kubanischer Truppen (30 000 bis 50 000 Mann) in Anspruch zu nehmen, was die Moskauer Staatskasse jährlich zusätzlich um einige Milliarden Dollar erleichterte. Als dann klar geworden war, dass auch die Kubaner das Land nicht befrieden konnten, zog es Moskau vor, aus dem Angola-Konflikt auszustiegen.

Ähnlich geht es auch in Südostasien. Den alten Traum der nordvietnamesischen Kommunisten, alle drei indochinesischen Staaten, Vietnam, Laos und Kambodscha, unter ihre Herrschaft zu bringen, muss letzten Endes Moskau finanzieren. Hanoi okkupierte nach Laos 1978 auch Kambodscha mit 150 000 Mann. Allerdings rechnete es nicht damit, dass Peking den kambodschanischen Widerstandsgruppen mit

massiver Militärhilfe unter die Arme greifen würde.

Der seit nunmehr zehn Jahren schwelende Guerillakrieg in Kambodscha belastet den ohnehin enorm hohen vietnamesischen Militäretat noch zusätzlich. Hanoi hat nämlich seit Kriegsende insgesamt eine Million Mann unter Waffen, während die Wirtschaft des Landes nach wie vor in einer Krise steckt. Das Defizit, für das Moskau und einige osteuropäische Staaten aufkommen müssen, beläuft sich hier auf Milliarden von Dollars. Wenn man bedenkt, wie gering die wichtigste vietnamesische Gegenleistung dafür ist, die Übergabe der früheren amerikanischen Flottenbasen in Südvietnam, scheint es nicht verwunderlich, dass Moskau den vietnamesischen Kostenfaktor drastisch reduzieren möchte.

## China und Afghanistan

Der primäre Grund, weshalb der Kreml die Vietnamesen zum Verlassen Kambodschas bewegen will, ist jedoch die Tatsache, dass die sowjetische Führung jene Hindernisse, die einer chinesisch-sowjetischen Wiederannäherung im Wege stehen, bald aus dem Weg räumen möchte.

Unter den drei chinesischen Forderungen, die Peking für die Bereitschaft zur Normalisierung der Beziehungen zu Moskau nennt, rangiert an erster Stelle die Forderung nach Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha. Als zweite und dritte Forderung bezeichneten die Chinesen den sowjetischen Abzug aus Afghanistan sowie den Rückzug der Sowjettruppen von der chinesischen Grenze, wo seit 1966 etwa eine Million Soldaten stationiert sind. Wie sehr den Chinesen daran liegt, die vietnamesische Expansion in Indochina einzudämmen, hat Deng Xiaoping im Frühjahr erklärt. Er sei schon bereit, Gorbatschow zu treffen, wenn Moskau in Hanoi den vietnamesischen Rückzug aus Kambodscha bewirken könne. Die Erfüllung der weiteren zwei Forderungen sei keine Vorbedingung mehr, um den Dialog auf höchster Ebene aufzunehmen.

Dass Hanoi jetzt seine Bereitschaft bekundet, Kambodscha in zwei Jahren doch noch zu verlassen, kam offenbar auch durch die Einsicht zustande, Vietnam könne kaum länger als Keil zwischen Moskau und Peking fungieren und eine Annäherung blockieren. Nachdem Gorbatschow den Rückzug aus Afghanistan befohlen hatte und damit die zweite chinesische For-

derung erfüllte, dürfte nun in den nächsten Monaten mit einem verstärkten Vorstoss der Sowjetdiplomatie in Peking gerechnet werden.

Man könnte dabei davon ausgehen, dass Gorbatschow entschlossen ist, für die Herstellung freundlicher Beziehungen mit dem Deng-Regime weitgehende Zugeständnisse zu machen. Nicht zuletzt deshalb, weil der sowjetische Parteichef spektakuläre aussenpolitische Erfolge kontinuierlich braucht, um seine Widersacher zu Hause in Schach zu halten.

Es ist freilich kaum wahrscheinlich, dass die Chinesen mit den Sowjets zu engerer politischer Kooperation unter der sozialistischen Fahne bereit wären. Die heutige chinesische Führung ist keinesfalls gewillt, ein neues Bündnis einzugehen, wie man es vor 1960 mit der Sowjetunion eingegangen war. Aber allein schon das Gefühl in Moskau, dass Peking vielleicht eine weitergehende militärische Kooperation mit Washington ablehnen würde, wäre für Gorbatschow schon ein grosser diplomatischer Triumph.

Moskau gibt Afghanistan freilich primär nicht deswegen auf, weil es die «chinesische Karte» spielen möchte. Zu diesem Entscheid wurden die Sowjets wohl eher durch militärische Tatsachen gezwungen. Dass die sowjetischen Besatzungstruppen den Widerstand der afghanischen Rebellen in neun Jahren nicht brechen konnten, hat die Grenzen der militärischen Su-

permacht in einem der ärmsten und primitivsten Länder Asiens blossgestellt. Kein Ruhmesblatt für die sowjetische Militärführung.

Das Fiasko in Afghanistan kann sogar Gorbatschow intern als Trumpfkarte gegen die Hardliner in der Armeeführung verwenden – gegen jene Generäle, die den äusserst kostspieligen und im Grunde nutzlosen expansionistischen Kurs der sowjetischen Aussenpolitik in der Dritten Welt fortsetzen möchten.

### Gegner der neuen Aussenpolitik

Gorbatschows Thesen für eine neue Aussenpolitik der Sowjetunion stossen in Moskau auf harten Widerstand. Bisher hatte der Kremlchef zumindest auf diesem Gebiet völlig freie Hand. Seine diplomatischen Erfolge mussten auch seine verbittertsten Gegner anerkennen. So kam es offensichtlich, dass Gorbatschow Ende Juli, nach der grossen Parteikonferenz von Ende Juni, mit den neuen Grundsätzen seiner Aussenpolitik vor die Öffentlichkeit trat.

Sein Vertrauter, Aussenminister Schewardnadse, erklärte danach auf einer Konferenz seines Hauses, die «friedliche Koexistenz» mit den westlichen Industrieländern könne nicht länger mit dem Klassenkampf verbunden werden, und «der Gegensatz der beiden Gesellschaftssysteme» sei nicht mehr die Hauptfrage in den internationalen Beziehungen.

Die sensationellen Äusserungen Schewardnadses wurden in den westlichen Hauptstädten mit grösster Aufmerksamkeit registriert, weil seine Ausführungen darauf hindeuteten, dass Gorbatschow sich nicht mehr verpflichtet fühlt, die marxistisch-leninistische Weltrevolution in der Welt voranzutreiben. Die Bewegung in der Kambodscha-Frage und die kubanische Bereitschaft zum Rückzug aus Angola zu gleicher Zeit erweckten den Eindruck, dass Gorbatschow die Konfrontation, zumindest dort, wo es für die UdSSR nützlich erscheint, wirklich abbauen wolle.

Kaum hat Gorbatschow seinen Urlaub Ende Juli begonnen, ist bereits der grosse Streit in Moskau über das «neue Denken» in der Aussenpolitik ausgebrochen.

### Machtkampf noch nicht entschieden

Die Kritik eröffnete auch diesmal der zweite Mann in der sowjetischen Polithierarchie, Ligatschow, der im sowjetischen Fernsehen in diametralem Gegensatz zu Schewardnadse erklärte: «Wir gehen vom Klassencharakter der internationalen Beziehungen aus.» Eine andere Politik würde in der Sowjetunion und bei ihren Verbündeten nur «Verwirrung» auslösen. Die sowjetische Mitwirkung bei der Lösung der Probleme der Menschheit könne, so Ligatschow, «keine künstliche Verlangsamung der sozialen und nationalen Befreiungskämpfe» bedeuten. Dafür, dass Ligatschow keinesfalls ein Einzelkämpfer gegen seinen Parteichef ist und mächtige «Verbündete» hat, lieferte die sowjetische Armeezeitung «Krassnaja Swjesda» am 12. August den Beleg. Gleichlautend mit Ligatschow, forderte das Blatt der Militärführung, dass der Klassenkampfcharakter der Aussenpolitik beibehalten werden müsse. Der Kommentator räumte ein, dass die Verhinderung eines Atomkriegs Vorrang habe. Die gegenwärtige sowjetische Aussenpolitik mit ihrer Wendung von der Konfrontation hin zu «normalen, zivilisierten Beziehungen» zu den USA tragen diesem Gedanken Rechnung. «Natürlich darf man sich keinen Illusionen hingeben» ... noch gebe es keine Garantie dafür, dass die begonnenen positiven Prozesse unumkehrbar seien, hiess es weiter in der «Krassnaja Swjesda».

Die Auseinandersetzung um die Aussenpolitik Moskaus dürfte nun den Machtkampf in Moskau weiter verschärfen. Die Fronten klären sich allmählich – auch in den Kreisen der «Verbündeten» im Ostblock.

Heute ist klar, dass die Übernahme des politischen Reformprojekts Gorbatschows – Perestrojka und Glasnost – von der DDR, der ČSSR, Bulgarien, Rumänien und Kuba abgelehnt wird. Der sowjetische Parteichef könnte nur mit Polen und Ungarn als Befürworter fest rechnen. Das alles relativiert freilich auch Gorbatschows aussenpolitische Glaubwürdigkeit. Unter diesen Umständen über eine Wende in der internationalen Politik zu reden, wäre heute noch verfrüht. ■



Keine Unterscheidung zwischen Gerechten und Ungerechten trifft diese grausige und grausig richtige Karikatur von Igor Smirnow zum Waffenstillstand zwischen Irak und Iran. (MN, Moskau, 4. 9. 1988)